

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Was steht auf dem Spiel?

„Deutschland ist im Begriff, für zehn Jahre oder länger nicht nur die großen Märkte in Rußland, Frankreich und Belgien zu verlieren, sondern auch die der ganzen englisch sprechenden Rasse. Der deutsche Außenhandel hat plötzlich aufgehört, und es ist an uns, dafür zu sorgen, daß er nie wieder erwacht. Was Deutschland in jahrelanger mühevoller Arbeit erreicht hat, ist plötzlich in unsere Hand gegeben. Solange wir die Wege über den Großen Ozean beherrschen, und wenn wir die Gelegenheit ausnützen, wird die Klage über den Wettbewerbs des deutschen Handels in unserer Zeit nie wieder gehört werden.“ In diesen Worten der Bonboner Finanzzeitschrift „The Financier“ ist mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ausgesprochen, was in diesem Kriege das Kampffeld unserer Feinde ist: die Vernichtung der deutschen Industrie und damit die Untergrabung unserer Stellung auf dem Weltmarkt. Trotz dieser Erkenntnis, die nachgerade auch dem Volke in unserem Volke aufgegangen sein sollte, ist man sich selber noch nicht überall der ganzen Tragweite des englischen Planes bewußt. Was ein Gelingen desselben für unser Volk, vorab für uns Arbeiter bedeuten würde, mag eine kurze Würdigung der Bedeutung der Industrie für unser gesamtes volkswirtschaftliches Leben uns klar machen.

Unsere Industrie ist die Hauptgrundlage unserer nationalen Wirtschaft geworden. Nur auf der Grundlage unserer industriellen Entwicklung war die glänzende Entwicklung unserer Volkskraft möglich, wie wir sie im letzten Vierteljahrhundert erlebt haben. Aus dem vierzig-Millionen-Volk von 1870 ist heute ein Volk geworden, das halb hiezig Millionen zählt. Die industrielle Entwicklung hat für diesen gewaltigen Volkszuwachs Raum geschaffen, hat es ermöglicht, daß wir unseren Volkszuwachs im Inlande halten konnten, während wir bis in die 90er Jahre durchschnittlich 150 000 Menschen pro Jahr ins Ausland verlor. Der Menschenzuwachs, den das deutsche Volk seit den 90er Jahren aufzuweisen hat, ist aber gerade unsere Stärke geworden in diesem Kriege. Sind es nicht unsere „unerschöpflichen Menschenreserven“, die unsere Feinde immer aufs neue enttäuschen, und machen nicht sie es möglich, daß wir mit einem Arm zwei Großmächte, Frankreich und England, im Schach hielten und mit dem andern Arm uns der Millionenheere Rußlands zu erwehren, ja ihnen noch vernichtende Schläge auszusenden vermochten? Die Wehrfähigkeit eines Landes hängt aber nicht nur von der Masse der Soldaten ab, sondern auch von den finanziellen Hilfsquellen, von seinem Vermögen und seinem Einkommen, welche die Grundlage des Steuersystems bilden. Und auch hinsichtlich dieses zweiten Punktes ist die Industrie von gewaltiger Bedeutung. Erst mit dem Aufschwunge des industriellen und kommerziellen Lebens steigt das Volkseinkommen und das Volkvermögen bedeutend. Den schlagendsten Beweis dafür liefert Preußen, das im Jahre 1892 erst ein Gesamteinkommen aller Schichten von rund 9 Milliarden Mk. aufzuweisen hatte, während diese Summe schon 1911 auf rund 21 Milliarden gestiegen war. Diese kraftvolle Volkswirtschaftsentwicklung hat es uns ermöglicht, unser Finanzwesen so auszubauen, daß wir heute den Weltkrieg auch finanziell durchhalten können. Darum wollen unsere Feinde in unserer Industrie auch die politische Machtstellung Deutschlands brechen.

Mit der schnelleren Entwicklung der Industrie und dem Aufschwunge des Außenhandels fällt auch der Weg zum Aufstieg für die Arbeiterklasse zusammen. Durch die Entwicklung zur Industrie wurde recht eigentlich erst der Grund zur Arbeiterbewegung, wie wir sie heute sehen, gelegt. Und es ist sicher kein zufälliges Zusammentreffen, daß die Periode der großen gewerkschaftlichen Erfolge, das schnelle Vordrängen des Tarifvertrages, in die Zeit nach der Jahrhundertwende fällt, in die Zeit also, die den glänzendsten Abschnitt in der Geschichte der deutschen Industrie und der deutschen Handels-

darstellt. Der reiche materielle Ertrag unserer Industrie- und Handelstätigkeit bereitete den Boden vor, von dem aus gewerkschaftliche Forderungen begründet und durchgeführt werden konnten. Die dadurch erzielte wesentliche Besserung in der Lebenshaltung des Arbeiters wäre ohne den Aufschwung von Industrie und Handel niemals möglich gewesen.

Würde der Plan unseres Hauptfeindes England gelungen sein, die deutsche Industrie durch den Krieg niederzustrecken, dann wäre zunächst unabsehbares Elend über Millionen von Menschen in unserem Vaterlande gekommen. Unmöglich könnten wir dann uns als vierzig-Millionen-Volk behaupten. Für uns Arbeiter aber wäre die Vernichtung unserer Industrie geradezu eine Katastrophe von unbeschreiblicher Wucht. Arbeitslosigkeit in nie gesehenem Umfange, Brotlosigkeit von Millionen, Notdurft der mit so vielen Mühen errungenen Löhne und natürlich Zusammenbruch des so schwer erkämpften Organisationswerkes wären die unaussprechliche Folge. Eine riesige industrielle Reservearmee würde das Lohnangebot auf die etwa noch vorhandenen Arbeitsstellen immer weiter nach unten drücken. In eine Aufrecht-erhaltung der Tarifverträge wäre erst recht nicht zu denken. Das unheilvolle Auswanderungswesen der 70er und 80er Jahre würde, nur in verstärkter Auflage, neu ausleben. Ueberhaupt wäre eine Weiterentwicklung unserer Volkszahl und damit unserer Volkskraft ohne weiteren Ausbau unserer Industrie ganz unmöglich.

Daß daneben für die übrigen Volksschichten die Folgen kaum weniger verhängnisvoll sein würden, braucht kaum betont zu werden. Besonders würden der Mittelstand und die Landwirtschaft zu leiden haben, weil der gewaltige Verbrauch aller der Millionen, die von der Industrie leben, eine jähe Beschränkung erfahren würde. Das Schlimmste aber wäre, daß unsere ganze, mit so viel Aufopferung und idealem Sinn aufgebaute soziale Kultur vom Untergange bedroht sein würde. Das hochstehende Bildungswesen, die weitgreifenden sozialen Einrichtungen der Gemeinden, unsere mühselige Arbeiter-versicherung sind aufgebaut auf unserer flotten, Verdienst- und Wohlhabenheit begründenden Industrie- und Handelsentwicklung. Ein Niedergang der letzteren schwächt naturgemäß den finanziellen Unterbau, auf dem das stolze Gebäude deutscher sozialer Kulturarbeit sich aufrichtet.

Der Kampf, der jetzt gegen uns tobt, und der die Weltstellung der deutschen Industrie vernichten soll, richtet sich also gegen eine der wichtigsten Grundlagen unseres Volkes und gefährdet dadurch unser ganzes Volk in allen seinen Schichten und in allen Erwerbszweigen, wobei naturgemäß wir Arbeiter am meisten aufs Spiel setzen, eben weil mit der Untergrabung der Arbeitsbetätigung des Arbeiters auch zugleich seine ganze Existenz vernichtet wird. Darum haben auch wir Arbeiter das größte Interesse daran, daß wir unter allen Umständen den großen Kampf bis zum endgültigen Siege durchhalten.

Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise.

Eine besonders für die Arbeiter tief einschneidende Maßregel hat der Bundesrat getroffen, indem er die Höchstpreise für Kartoffeln (gültig für Produzenten) um 35 % pro Tonne oder 1,75 % pro Zentner erhöht hat. Diese nach der Ansicht vieler Volkstreue verheerende Maßnahme bedeutet für die minderbemittelten Verbraucher-schichten eine weitere erhebliche Belastung des Haushalts, die um so schwerer wiegt, da der Brotverbrauch zwingend eingeschränkt wird und die Preise für alle Lebensmittel enorm gestiegen sind. Und trotz der erhöhten Preise hat sich an dem bisherigen Mangel, daß in vielen Städten und sogar in ländlichen Bezirken das Angebot an Kartoffeln weit hinter dem Bedarf zurückbleibt, nichts geändert. Die Gründe hierfür liegen allerdings sehr nahe: Der Handel, vielleicht auch die Produzenten, rechnen mit einer weiteren Verteuerung der Kartoffeln und halten deshalb die Bestände zurück. In Berlin hat

diese Politik auch bereits zum Erfolg geführt, indem die erst einige Tage vorher neu festgesetzten Kleinhandelspreise durch den Oberbefehlshaber aufgehoben wurden. Die Folge dieser Maßnahme ist gewesen, daß jetzt vielfach 10 Pfund Kartoffeln 75 Pf. bis 1 Mk., ja sogar 1,25 Mk. kosten. Da fragt man sich allerdings, wovon die arme Bevölkerung überhaupt noch leben soll.

Zur Begründung der neuen Maßnahme führt die Regierung an, daß durch die Preiserhöhung den Landwirten ein Anreiz gegeben werden soll, ihre Kartoffeln zu verkaufen, anstatt sie an das Vieh zu verfüttern, wie das unter der Einwirkung der großen Futtermittelknappheit bisher in weitem Umfange der Fall war. Doch diese Absicht erreicht werden könnte, daran glauben wir nicht. In ihre Verwirklichung ist so lange nicht zu denken, als nicht eine größere Anzahl Schweine abgeschlachtet wird und der jetzige Vorrat in den Viehbesitzern auch noch deshalb daneben, weil die landwirtschaftlichen Betriebe, die wirklich noch größere Bestände an Kartoffeln abzugeben haben, meist gar keine Gelegenheit zur Kartoffelverfütterung haben. Es sind das nämlich die größeren und größten landwirtschaftlichen Grundbesitzer, und von ihnen weiß man doch, daß ihre Viehhaltung im Vergleich zu der des Klein- und Mittelbesitzes außerordentlich gering ist. Man sehe sich nur die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik von 1907 an. Danach entfallen auf 1000 Hektar bei den Betrieben bis zu 20 Hektar 4080 Schweine und 1896 309 Hektar behautes Kartoffelland; auf die Betriebe über 20 Hektar aber nur 588 Schweine, dagegen auch 1839 922 Hektar behautes Kartoffelland. Ersterer Art zählte man 4622 026 Betriebe, letzterer nur 225 506. Diese Zahlen zeigen doch deutlich genug, wer die Kartoffeln zur Viehfütterung nötig hat und wer als Kartoffelverbraucher in Betracht kommt. Ist aber der größere und großgrundbesitz an der Viehhaltung der Kartoffeln beteiligt — und das ist nach den vorstehenden Zahlen ohne weiteres anzunehmen — dann kann diese nicht in Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des Viehbestandes erfolgt sein, sondern es sind andere, in erster Linie spekulative Gründe dafür maßgebend gewesen. Damit ist auch erwiesen, daß die Regierung bei Erlass ihrer Maßnahme im entscheidenden Teil von falschen Voraussetzungen ausgegangen und dadurch auch natürlich zu falschen Schlussfolgerungen gelangt ist.

Mit der nunmehrigen Regelung dürften die Schwierigkeiten in unserer Kartoffelversorgung nicht etwa aufgehört, sondern, wie wir glauben, erst begonnen haben. Warum hat es denn seither an Kartoffeln gefehlt? Man sagt, der Frost sei daran schuld gewesen und auch die Transportmittel hätten gefehlt. Bis zu einem gewissen Grade wird das richtig sein. Die Hauptursache des mangelnden Angebots aber lag in der absichtlichen Zurückhaltung seitens der Produzenten und Händler. Die Zurückhaltung erfolgte, um bei der Regierung eine Erhöhung der Höchstpreise durchzusetzen. Diese Spekulation ist ja auch geglückt, die Regierung ist den Wünschen der Interessenten entgegengekommen. Damit ist ihnen aber auch der Weg gewiesen, wie weitere Preiserhöhungen durchzusetzen sind. Wir unererseits zweifeln nicht daran, daß die gegenwärtige (künstliche) Kartoffelknappheit nicht die letzte in diesem Kriege sein wird. Dieses Manöver werden wir nun noch öfter erleben.

Mit der letzten Bundesratsverordnung kann und darf daher die Frage der Kartoffelversorgung keinesfalls als erledigt betrachtet werden. Unerlässlich notwendig ist zunächst die Festsetzung von Höchstpreisen für den Handel mit Kartoffeln, insbesondere für den Kleinverkauf an die Verbraucher. Am besten würde dies durch die Reichsregierung für das ganze Reichsgebiet mit entsprechenden Abstimfungen geschehen. Davon will man aber in den maßgebenden Regierungskreisen anscheinend nichts wissen. In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat der Regierungsvertreter erklärt, daß eine Zentralisation in der Festsetzung von Handelshöchstpreisen nicht durchführbar sei, weil die Bezugsbezirke zu verschiedenartig wären. Diesen Einwand kann man als stichhaltig nicht gelten lassen. Ebenso wie man Kartoffelhöchstpreise für Produzenten und Handelshöchstpreise für Brotgetreide von zentraler Stelle aus festsetzen kann, ebenso muß das auch für den Handel mit Kartoffeln möglich sein. Der oben erwähnte Regierungsvertreter hat diese Aufgabe den Verwaltungsbehörden zugeschoben. Es wird nun Aufgabe der Konjunkturkommission sein, überall bei den zuständigen Behörden die Festsetzung von Kleinhandelspreisen für Kartoffeln — soweit dies noch nicht geschehen ist — zu beantragen, damit eine weiteren wuchernden Aufblähung vorgebeugt wird.

7-8 Pf. pro Stunde brachte. In Breslau dagegen mußte am 3. Osterfeiertag die Arbeit eingestellt werden und erst nach eifrigem Kampfe unterzeichneten die Unternehmer Gütlow und Kilian den Vertrag, während die drei anderen Unternehmer bei ihrer Hartnäckigkeit verharrten. Bei Kriegsausbruch wurde dann die Sperre auch über diese Unternehmer, des Burgfriedens halber, für die Kriegsdauer aufgehoben. In Guttstadt, wo in der letzten Zeit vor dem Kriege ein Teil der Kollegen wieder der Organisation beitrug, sollte ebenfalls noch in eine Bewegung eingetreten werden, was der große Weltkrieg jedoch nicht mehr zuließ. Die von unserem Verbands eingeleitete Lohnbewegung in Pr.-Ostl. verlief friedlich. Es wurde ein zweijähriger Vertrag abgeschlossen, welcher unseren Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes von 7 Pf. in der Stadt und 10 Pf. bei Landarbeiten brachte. In Zinten mußte ebenfalls zum letzten Mittel, dem Streik, gegriffen werden. Nach mehrwöchentlichem Kampfe unterzeichnete der Unternehmer Kohn unseren eingereichten Vertragsentwurf, während die übrigen Unternehmer und den Kampf weiterführen ließen. Auch diese Bewegung mußte bei Mißbrauch des Krieges abgebrochen werden. An allen übrigen Verbandsorten regelte sich die am 1. April einsetzende Lohn-erhöhung glatt. Nur in Allenstein mußten, wie immer, wegen der Bauhilfsarbeitern strengere Maßnahmen gegen die Unternehmer ergriffen werden.

Ueber die Agitation ist anfangs schon einiges gesagt worden. Daß dieselbe von Erfolg gekrönt war, zeigt die Mitgliederbewegung im ersten Halbjahr. Im ersten Quartal wurden 261, im zweiten Quartal 463 Neuanmeldungen gemacht. Allerdings beträgt der wirkliche Zuwachs nach Abschluß des zweiten Quartals nur 220 Mitglieder, während 720 aufgenommen wurden. Die Werbekraft war also sehr gut, während auf die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder immer noch zu wenig Gewicht gelegt wird. Immerhin ist der Erfolg ein guter. Besonders gut entwickelte sich die Verwaltungskasse: Allenstein. Zu den schönsten Hoffnungen berechtigte die Arbeit unserer dortigen Mitglieder unter Führung des Lokalbeamten Kollegen Köllmer, welcher nun auch seit August in Frankreich ist und als Pionier das Vaterland verteidigen hilft. Wenn Gott will und er gesund zurückkehrt, so wird das begonnene Werk vollendet werden.

Alle Hoffnungen sind dann durch den ausbrechenden Weltkrieg zunichte geworden. In der ersten Zeit des Krieges stockte das Verbandsleben fast im gesamten Bezirk. Wesentlich verstärkt wurde diese Störung noch durch den schlechten Bahnverkehr, was, da sich der russische Krieg zum Teil auf deutschem Boden abspielte, verständlich ist. Ein Teil unserer ostpreussischen Zahlstellen hat durch den Krieg sehr gelitten. Die schöne, in Entwicklung befindliche Zahlstelle Angerburg liegt zurzeit vollständig daneben. Es war nicht einmal möglich, den Kranen die Kriegsunterstützung auszusahlen, da diese flüchten mußten. Unsere Ortsbürger Kollegen haben seit Ausbruch des Krieges bis in den Dezember hinein keine vier Wochen gearbeitet. Drei- bis viermal mußten sie Haus und Herd verlassen, mußten flüchten und wußten nicht wohin. Als sie wieder heimkehrten, fanden einige ihre Wohnung nur noch als Trümmerhaufen vor. 137 Haupt- und 120 Nebengebäude liegen in Trümmern; sie sind durch die Granaten in Brand geschossen. Wohnungen, welche von Granaten verschont geblieben sind, bieten trotzdem ein Bild des Jammers. Das Wenige, was unsere Kollegen besaßen, wurde ihnen gestohlen oder zertrümmert. Und doch haben unsere Ortsbürger Kollegen ihre gemeinschaftlichen Pflichten nicht vergessen. Bald nachdem die meisten Flüchtlinge wieder zurückgekehrt sind, haben sich die Kollegen wieder zusammengesetzt, um den Organisationsgedanken zu pflegen, denn unsere Ortsbürger Mitglieder wissen, was sie an unserer Organisation haben. Wehmütig traurige Verhältnisse wie in Ortsbürgerbestan-

den für unsere Kollegen in Bischofsburg, Seeburg, Heilsberg, Landsberg, P.-Ostl., Wartenburg, Guttstadt und Allenstein. Auch sie flüchteten fast alle zweimal und entbehrten dadurch des Verdienstes. Die Allensteiner, Guttstädter und Heilsberger Kollegen haben trotz alledem die Pflicht der Organisation gegenüber nicht vergessen. In Allenstein besonders sind die zurückgebliebenen Kollegen eifrig an der Arbeit, um auch den Verband in dieser schweren Zeit, so gut es geht, hochzuhalten. In Wartenburg, Bischofsburg und Seeburg dagegen ruht bis jetzt alle Organisationsarbeit. Die paar nicht zum Kriege eingezogenen Kollegen besitzen nicht die nötige Energie, um sich der Verbandsstätigkeit zu widmen. Wenn unsere im Felde stehenden Kollegen nach dem Kriege zurückkehren, so werden sie eine gründliche Abrechnung mit diesen Kollegen vornehmen. In Westpreußen kann man, von einigen Orten abgesehen, mit der Organisationsstätigkeit auch während des Krieges zufrieden sein. Ueber den Stand der Verwaltungsstelle Danzig ist am Schluß des letzten, sowie vierten Quartals berichtet worden. Gut steht es mit Neustadt, Marienburg, Dirschau (M.) und Hirschberg, während Dirschau (Z.), Gristburg und P.-Stargard fast gar kein Lebenszeichen von sich geben. Zu den Zahlen eingekürzt sind 1373 Mitglieder von insgesamt 2521 (am Schluß des zweiten Vierteljahres), das sind 54 1/2 Prozent. Die Mitgliederzahl beträgt demnach noch 952. Es haben also 196 Mitglieder während des Krieges keine Beiträge bezahlt resp. durch andere Ursachen das Beitragszahler angestellt. Hierüber augenblicklich mehr zu sagen, erübrigt sich wohl. Gegenüber unseren kämpfenden Kollegen, sowie deren Familien gibt es wohl kaum ein schändlicheres Verhalten, als wie es diese faulen Kollegen üben. Nach dem Kriege dürfte darüber noch manches Wortchen geredet werden.

Die Arbeitsverhältnisse waren im ganzen genommen befriedigend. Wesentlich trugen hierzu die Fortifikations- und Ammierungsarbeiten bei, wobei eine Anzahl Kollegen Beschäftigung fanden. Die Kollegen der Verwaltungsstelle Danzig arbeiten zu einem großen Teil in fgl. Betrieben, Werften, Gewerkschaften und Artilleriebetrieben. Die private Bautätigkeit ruhte während des Krieges so gut wie ganz.

Klagen über Nichtinhaltung der Verträge während des Krieges wurden nicht bekannt. Unsere Arbeitgeber, auch an den kleineren Orten, haben sich an die bestehenden Abmachungen gehalten. Nur in letzter Zeit glaubte der Unternehmer Dilewski in Allenstein den Maurern 5 Pf. pro Stunde abziehen zu sollen. Es wurde ihm aber von unserer Verbandsleitung sofort klar gemacht, daß auch er sich den bestehenden Bedingungen zu fügen hätte. Aber nicht nur die organisierten Arbeitgeber, sondern auch die Behörden stehen auf dem Standpunkte, daß zum mindesten die tariflichen Löhne gezahlt werden müssen.

Die Aussichten über die Konjunktur im Frühjahr sind bis jetzt allerorts recht trübe, wenigstens soweit Westpreußen in Frage kommt. An eine private Bautätigkeit wird, wenn die öffentlichen Kassen nicht das Baugelb leihen und vor allem für die Beschaffung von Hypotheken sorgen, kaum zu denken sein. Die Militärbauten sind, wo solche im Frühjahr angefangen, fast alle beendet. Wenn daher die beteiligten Faktoren nicht alles tun, was getan werden kann, so dürfte im Frühjahr auch bei uns Arbeitslosigkeit eintreten. Der Bezirksausschuß der Kriegsarbeitersgemeinschaft für Westpreußen, welcher seine Tätigkeit erst in letzter Zeit aufgenommen hat, ist dabei, um durch Eingaben an die Behörden und die verschiedensten Geldinstitute die Bautätigkeit zu fördern. Wir wollen hoffen, daß diese Arbeiten von Erfolg sein werden. Nach Angabe der Kriegshilfskommission sind in Ostpreußen bisher 10 000 Gebäude durch den Krieg verwüstet. Baukommissionen sind bereits gegründet, ebenso Baupläne und Projekte zum Teil ausgearbeitet

und festgelegt und 47 Millionen Mark bis Ende Januar hierfür überwiesen. Soweit es die Kriegslage nur gestattet, soll bereits im Frühjahr mit dem Aufbau begonnen werden. Wenn nun auch die Kriegsarbeitersgemeinschaft in Ostpreußen zurzeit nicht die Aufgaben hat, wie in anderen Gebieten, so müßte diese trotzdem recht bald gegründet werden. Denn gerade diese Gemeinschaft wäre zur Vermittlung von Arbeitskräften nach den zerstörten Gebieten am besten geeignet.

Zum Schluß noch einige kurze Betrachtungen. Der östliche Bezirk unseres Verbandes hat wohl wie kein anderer durch den Krieg gelitten. Der persönliche Verlust des Bezirksleiters mit den einzelnen Zahlstellen ist durch die Verkehrsstockung der Eisenbahn ziemlich unterbunden. Dadurch, daß an manchen Orten 75 bis 80 Prozent der Mitglieder eingezogen wurden, schläft das Verbandsleben in diesen Zahlstellen. In anderen Orten wieder sind die Vorstandsmitglieder zu den Tausenden gerufen, und die neuen Kollegen, welche ihre Arbeiten übernahmen, sind nicht genug eingearbeitet. Wir müssen uns mit diesen Verhältnissen abfinden. Es muß jedoch auch betont werden, daß an den allermeisten Verbandsorten gerade jetzt sehr rührig von manchen Kollegen gearbeitet wird, um das in jahrelanger Arbeit mühsam aufgebaute Werk zu erhalten. Die meisten unserer Kollegen haben eingesehen, wie notwendig gerade in dieser schweren Zeit die Organisation für sie ist. Ich hoffe und spreche den Wunsch aus, daß auch in den nächsten Monaten unsere Kollegen treu zur Fahne des christlichen Bauarbeiterverbandes stehen. Gleichzeitig hante ich allen denjenigen Kollegen, welche auch im Jahre 1914 für die Festigung und Ausbreitung unseres Verbandes in Ost- und Westpreußen mitgearbeitet haben. Dieser Dank gilt besonders auch denjenigen Kollegen, welche jetzt draußen in Feindesland mit der Waffe für die Gesamtheit unseres deutschen Volkes kämpfen. Die Kollegen können verstört sein, daß die Gedanken der Dahingegangenen jetzt recht oft bei ihnen weilen. Wir haben den heißen Wunsch, daß sie alle nach einem baldigen ehrenvollen Frieden wieder in die Heimat zurückkehren. Mit vereinten Kräften werden wir dann wieder arbeiten an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes, zum Segen der Arbeiterschaft und zum Segen der Nation.

Königsberg i. Pr., im Februar 1915.

August Schneck, Bezirksleiter,
Altstädtische Bergstraße Nr. 50.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 6. März, der 1. Wochenbeirag für das Jahr 1915 fällig ist.

Stiegen. Unser Verwaltungsstellengebiet wurde durch den Krieg außerordentlich hart betroffen. Nur einige wenige Bauten wurden nach der Mobilmachung weitergeführt. In dem Bereiche des Amtes Weidenau wurden zum Beispiel im Jahre 1914 321 Bauverträge erteilt. Von diesen liegen 92 still, weil zum Teil das notwendige Geld nicht beschafft werden konnte. Bei einem kleinen Teil befindet sich der Arbeitgeber oder der Bauherr im Kriege. 73 Bauten wurden teils aus denselben Gründen nicht in Angriff genommen. Für das Jahr 1915 waren bis zum 20. Januar, wo wir unsere Feststellungen machten, noch gar keine Baugesuche eingereicht. Unsere Kollegen sind zum Teil in den Fabriken oder bei den Bahnarbeiten beschäftigt, wenn auch die Arbeitsverhältnisse, besonders bei den Bahnarbeiten, gerade nicht rosig genannt werden können. In Nr. 43

voll des Glückes, legte einige Zwiebackstücke beiseite und will sie den Geschwister aufbewahren. Ich mußte im Anblick dieser Bilder beiseite treten, um eine Träne zu erlösen, die sich mir ins Auge gebrängt hatte. Als wir den Heimweg antraten, ertönte ein furchtbarer Knall. Wir ahnten das Losgehen einer Mine und gingen auf die Stelle zu. Schon hörten wir Siffen. Es war ein „Russisch-Pole“, welcher Stroh gesucht hatte und an eine russische Mine (die unstrigen waren durch Pioniere schon weggenommen) gestoßen war. Sein rechtes Bein war total zerschmettert, auch zeigten sich sonst überall offene Wunden. Wir suchten eine Leiter und ließen ihn durch vier Polen wegbringen zum nächsten Verbandsplatz. Woher hatten wir ihn notdürftig verborgen? Mancher nichtbegrabene Ruße und viele Waffen wurden in den nächsten Tagen noch gefunden. Erwähnt sei noch die Wirkung unserer Artillerie in den russischen Stellungen. Alle Bäume waren zerfetzt, ja manchmal meterweit weggeschleudert. Kein Gehöft und kein Haus war ohne Schaden davongekommen. Selbst die Straßen waren stellenweise total aufgerissen.

Am 21. Dezember kam der Befehl, nach Czensochau abzurücken, doch wurde durch besonderen Umstand unser Quartier nach Schinow verlegt. In zwei Tagesmärschen wurde unser Standort erreicht. Da hier die Hauptverkehrsstraße unserer Bagage war und durch das anhaltende Regenwetter alles in Schlamme verwanbelt war, so war unsere Aufgabe, zunächst die Straße auszuklären. Das Holz der angrenzenden großen Stiefwaldungen wurde dazu benutzt. Große Strecken weit mußte Stamm an Stamm gereiht werden, um die Straße, wenn man sie so nennen darf, einigermaßen passierbar zu machen.

Am die Zeit nahte das Weihnachtsfest. Unsere Kameraden hatten schon ein kleines Tannenbäumchen mitgebracht. Als Schmutz dienten einige Schokoladenstückchen und Reis. Auch war es uns gelungen, noch einige Herzen zu requirieren. Die Feststimmung war trotz des primitiven Baumchens sehr hoch. Wir erzählten von den Sitten in der Heimat und sangen unsere Weihnachtslieder. In die Kirche zu gehen, war uns allerdings kaum vergönnt, da die Straßenbauarbeiten als zu dringlich angesehen wurden. Zu diesen Arbeiten wurde auch die einheimische Bevölkerung herangezogen. Es ist nun immer sehr schwer, mit Deutschen sich zu verständigen, deren Sprache man nicht versteht, jedoch zeigten sie sich willig, im Gegenzug zu den Juden, die überhaupt nicht gerne arbeiten wollten.

So ging das alte Jahr seinem Ende zu und wir schickten uns an, diesen Akt feierlich zu begehen. Die Kompanie hatte den Mannschaften Rum zur Verfügung gestellt und so wurde am Sylvesterabend ein Punsch gebracht. In einer Stellmacherverkstatt hatte unsere Korporalschaft Quartier bezogen. Um zwölf Uhr nachts ließen wir eine Salve durch die Luft krachen, in der frohen Zubericht, daß nun das Jahr, das uns den Frieden bringt, seinen Anfang genommen hat. Eine kleine Ansprache, welche die Bedeutung des verflohenen Jahres hervorhob und Glück zum neuen Jahr allen Kameraden wünschte, ließ alle Herzen von neuem höher schlagen.

Am 2. Januar rückten wir weiter nach G. Jetzt sind die Kompanien unseres Bataillons in einem Umkreise von etwa 10 Kilometern verteilt. Unsere Aufgabe ist nun, die Telefonleitungen, Brücken und Verkehrsstraßen zu überwachen. Die Bevölkerung ist nicht wie im Westen, uns gegenüber feindlich gesinnt, deshalb besteht auch nicht so sehr die Gefahr der Zerstörung. In den letzten Wochen sind größere Truppentransporte aus der Heimat angekommen, meistens Rekruten und Freiwillige. Sie haben zumest die Landwehr in der Front abgelöst.

Nun noch einiges über die Bevölkerung und die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Wohnungen sind Stochhäuser nach amerikanischem Muster. Alles aus Holz, während die Lächer mit Stroh bedeckt sind. In vielen Wohnungen habe ich keinen Fußboden gefunden. Ueber ein Stodwerk gehen die meisten Gassen nicht hinaus. Aus der Ferne gesehen glaubt man ein spanisches Lagerdorf vor sich zu haben.

Die Menschen sind sehr bedürftig. Ihre Nahrung besteht zumeist aus Kartoffelbrei. Auch habe ich gesehen, daß Brotmehl im Handbetrieb auf Steinmühlmehl verarbeitet wurde. Als Licht dient bei vielen Familien noch ein Öllämpchen. Bemerkenswert ist, daß alle Familienangehörige, also auch die weiblichen, langschäftige Stiefel tragen. Jedenfalls ergibt sich diese Gewohnheit aus dem schlammigen Zustand der Straßen und Wege, der immer derselbe ist. Man scheint auch sehr abgehärtet zu sein, denn ich sah viele barfuß laufen, trotzdem es sehr kalt war.

Da die russische Regierung keinen Wert auf Schulen legt, so können die meisten Leute nicht lesen und schreiben. In vielen größeren Orten werden Schulen von den Kirchengemeinden ins Leben gerufen. Dort wird Polnisch, Deutsch und Russisch gelernt. Russisch-Polen ist zumeist katholisch und es finden sich sehr schöne Kirchen vor. Besonders im Innern sind viele reich ausgestattet. Man liebt dabei so recht das Bunte und Farbige. Leider wird die Bevölkerung zu viel von den Juden, die hier zahlreich vertreten sind, ausgebeutet. Das ganze Wirtschafts- und Geschäftsleben liegt fast ausschließlich in Händen der Juden. Schon bei dem jetzigen gemischten Geldverkehr (deutsch-österreichisch-russisch) werden die Polen von den Juden über's Ohr gehauen. Oft mußten wir dazwischen fahren, um die Polen vor Schaden zu bewahren. Ueber eines kann man sich hier nicht genug wundern, nämlich über den Schmutz und Dreck, der überall anzutreffen ist. Besonders aber sind es wieder die Judenviertel, die ohne Einzelgehülfe nicht gut passierbar sind. Nicht nur in den Dörfern, auch in den kleineren Städten vermischt man ganz die bei uns in Deutschland selbstverständliche Sauberkeit und Ordnung.

Alle hier im Osten kämpfenden deutschen Truppen werden daher auch mit dem Verzicht nach Hause zurückkehren, ein schönes, kulturell hochstehendes Vaterland zu besitzen und dieses Bewußtsein gibt uns Mut und Kraft, den Kampf solange zu führen, bis der Sieg auf unserer Seite ist. Gruß an alle Kollegen. Dein Freund
Leo Reiser.

der „Baugewerkschaft“ haben wir bereits das tarifwidrige Verhalten dieser Unternehmer geschildert. Auf eine Beschwerde unsererseits an die Intendantur des 18. Armeekorps wurde uns mitgeteilt, daß die Angelegenheit dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten unterbreitet worden sei. Lobend anerkennen müssen wir hierbei die Mitarbeit des Vertreters unseres Wahlkreises, Herrn Wumm, durch dessen Eingreifen eine, wenn auch nicht ganz befriedigende Besserung herbeigeführt wurde. Die betreffenden Firmen Hüser u. Siebold versuchen sich dadurch an den tariflichen Löhnen vorbeizubringen, daß sie bei der Regierung vorgeben, der Reichstarif habe für Erdarbeiten keine Gültigkeit. Dieses trifft ja bebauerliche Weise zu. Aber wie sieht es mit den Beton- und Mauerarbeiten? Auch diese scheinen bei den genannten Firmen nicht zu dem Reichstarif zu gehören, sonst würde man doch endlich für diese die tariflichen Löhne zahlen. Die Firmen sagen weiter, daß ein Stamm von Italienern nicht entbehrlich sei. Auch das trifft heute nicht mehr zu, denn die Lunnearbeiten sind soweit fertiggestellt, und die noch vorhandenen Bruch- und Fliegelsarbeiten werden von unseren heimischen Bauarbeitern genau so gut, zum Teil noch besser ausgeführt als von Italienern. Leider hat diese recht unsoziale Handlungswiese weitere Nachahmer gefunden, allerdings wieder bei Arbeiten für die Eisenbahn. Der Unternehmer Bahn u. Co. aus Alfena, welcher in Kreuztal drei Neubauten (Bahnarbeiterwohnungen) ausführt, hat schon mit allen Mitteln versucht, die Löhne der Mauerer zu kürzen. Von Anfang an (die Bauten wurden im November in Angriff genommen) zahlte die Firma 1-5 Pf. unter Tarif. Durch das Eingreifen unseres Organisationsvertreters erreichten wir es, daß die tariflich festgesetzten Löhne gezahlt wurden. Auch die sanitären Einrichtungen wurden einigermaßen menschenwürdig hergerichtet. Waren doch über 20 Bauarbeiter 14 Tage lang dort beschäftigt ohne Baubude. Die Leute mußten in Sturm und Regen ihr Frühstück und Mittagbrot einnehmen. Aber nach Weihnachten ging die Firma Bahn schon wieder dazu über und zahlte, ohne den Leuten vorher Mitteilung zu machen, 1 und 2 Pf. die Stunde weniger. Durch die Unigkeit der Kollegen gelang es auch dieses Mal wieder, die Firma eines anderen zu belehren. Soweit wir unterrichtet sind, war die Firma Bahn bei der Submission 9000 M billiger als die hiesigen Unternehmer. Wie es scheint, sollen diese 9000 M jetzt an den armen Bauarbeitern, die so schon genug unter den Witterungs- und Steuerungsverhältnissen zu leiden haben, herausgeholt werden.

Um die Verhältnisse im hiesigen Baugewerbe in etwa zu bessern und möglichst Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, haben wir einen Ortsausschuß der Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe für die Kreise Siegen, Olpe und Wittgenstein geschaffen. Der Ausschuß richtete Eingaben an die Landratsämter, den Magistrat, an die größeren Landgemeinden, Bauämter und an die größeren industriellen Werke und Gruben sowie Sparkassen, um durch allseitige Unterstützung möglichst eine Beseitigung des Baugewerbes herbeizuführen. Die Geschäftsstelle befindet sich Sandstraße 3/1.

Was die inneren Organisationsverhältnisse betrifft, so sind die größten Schwierigkeiten jetzt behoben. Die Kopfschmerzen, welche zu Anfang des Krieges bei einem Teil der Kollegen in Erscheinung trat, ist allmählich einer besseren Einsicht gewichen. Aber vieles muß noch besser werden. Die Kollegen müssen wieder mehr agitatorisch tätig sein, wenn nicht alles, was wir in den letzten Jahren unter schweren Opfern errungen haben, wieder verloren gehen soll. Auch unseren Kollegen, welche im Felde für uns kämpfen, sind wir die Erhaltung der Organisation schuldig. Daß dieselben trotz der schweren Strapazen und Entbehrungen, die sie täglich ausstehen, den Gewerkschaftsgeist nicht verloren haben, beweisen die zahlreichen Briefe und Feldpostkarten, welche uns zu gehen. Wenn wir Daheimgebliebenen wirklich das Bestreben haben, die entstandenen Lücken als Vertrauensmann oder Baubelegierter auszufüllen, dann wird uns das auch nicht schwerfallen. Unsere nächste Aufgabe muß sein, die Aufgabenpflichtigen wieder für die Organisation zu gewinnen. Dazu bedürfen wir der Mitarbeit aller Kollegen. Möge sie uns nicht versagen.

Riffingen-Schweinfurt (Jahresbericht). Unsere Hoffnungen, daß das Jahr 1914 bessere Arbeitsgelegenheit brächte als das Vorjahr, sollten sich leider nicht erfüllen. Im Gegenteil trat noch eine Verschlechterung ein, so daß wir meist 90-95 Proz. Arbeitslose hatten, Abgesehen von Schweinfurt, wo für ein paar Monate die Bautätigkeit ziemlich gut war. Infolge dieser Verhältnisse war die Agitation natürlich sehr erschwert, was sich in der zweiten Jahreshälfte durch den Krieg noch bedeutend verschlimmerte. Lohnbewegungen waren daher auch für die Orte, die nicht unter dem allgemeinen Reichstarifverdrag standen, fast unmöglich. Nur eine, bei der Firma Schmidt in Schöningen, ist zu verzeichnen, bei der die Kollegen zum ersten Male ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis bekamen und außerdem eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 5 Pf. die Stunde. Zu den Kriegsjahren sind von den Mitgliedern 110. Seit Kriegsbeginn hatten wir 142 Arbeitslose. Nur 30 fanden während der letzten Monate in Arbeit. Weiter sind unter diesen auch einige, die den Ernst der Dinge nicht erkannt haben oder besser gesagt, aus egoistischen Gründen nicht erkennen wollten und sich vom Beitragszahlen drückten. Daß sie sich damit auch nur eigene Furchen graben, werden sie noch erkennen. Arbeit in der Form der Ausschüsse ist für unsere Mitglieder deshalb recht schwierig, weil sie fast alle ein mehr oder weniger kleines Stützgeschäft nebenbei betreiben. Die Arbeitslosigkeit des Schwefelwerks ist gegenüber dem Vorjahr bedeutend geringer. Ähnliche Verhältnisse wurden erreicht 15. September 27. Tage nach 61 Tagen der Arbeitslosigkeit. Der Durchschnittslohn betrug 32,25 M. Er ist aber in Wirklichkeit noch bedeutend höher, weil sich nicht über den Umfang der Tage handelt. Die meisten Werke in dieser Gegend des Jahres 1914

des Krieges in Anspruch genommen. Stets Behörden zeigten großes Entgegenkommen, andere aber nicht. Die größten Schwierigkeiten machte das Riffinger Gewerbegericht, bezw. dessen Vorsitzender Rechtsrat Schwarz, der eine Vertretung durch den Sekretär auch für solche Kläger nicht zulassen wollte, die Tagereisen weit entfernt wohnten, obwohl er den sozialdemokratischen Sekretär und Buchhalter der Rechtsanwälte zugelassen hatte. Dafür bestellte er dann auf eigene Faust andere Vertreter, die ihm paßten, auch wenn sie keine Klasse Wohnung von der Sache hatten. Zurzeit beschäftigen sich die oberen Behörden mit der Geschichte. Ueber den Ausgang werden wir demnächst berichten. Jedenfalls sehen diese Dinge wie auch sehr viele andere in Riffingen recht sonderbar aus. Ähnliche andere Gewerbegerichte antworteten auf Befragen im gegenteiligen Sinne der Handlung des Riffinger Gerichts. Die Zahl der durch den Sekretär beschickten Versammlungen, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen u. dgl. betrug 217. An Briefen und Karten gingen aus 765 und an Drucksachen 748. Hoffen wir, daß uns Gott recht bald ein glückliches Kriegsende gibt und damit eine Neubelebung des deutschen Wirtschaftslebens. Unseren Kollegen erwächst dann die erste Aufgabe, die Zeit zur weiteren Stärkung des Verbandes auszunutzen. Jene aber, die das große Glück haben, von den Kriegsoffizieren verschont zu sein, sollten deshalb um so mehr bestrebt sein, mitzuwirken, den Verband über die schwierige Kriegszeit gut hinwegzuführen. Das sind wir uns selbst und unserem Stande, aber auch den im Kriege stehenden Kollegen schuldig, die alles auf Spiel setzen müssen, selbst das Leben, auch für das Wohl unserer Daheimgebliebenen. A. L.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Franz Schläter aus Bochum, Ritter des Eisernen Kreuzes,
Wilhelm Rieger aus Saarbrück.
Adam Schumacher, Verwaltungsstelle Bochum.
Franz Hoppe, Zahlstelle Raxen.
Franz Strunski.
Hermann Planitzowski.
Karl Dieble, Zahlstelle Oliva (Arbeiter).
Franz Liffon, Zahlstelle Pshob.
Heinrich Theiß, Zahlstelle Niederelshausen.
Heinrich Kronenberg,
August Kraß, Zahlstelle Dortmund (Maurer).
Sohann Spiegel, Zahlstelle Dortmund (Hilfsarbeiter).
Max Quittig,
Paul Engelmann, Verwaltungsstelle Schwerin a. W. (Zimmerer).
Gebrüder Schaaf aus Oberzeuzheim (Kr. Simsburg), Verwaltungsstelle Essen (Ruhr).
Karl Heine,
Alois Warkels, Zahlstelle Kriebel.
Emil Ruppel,
Rudolf Beer, Zahlstelle Giesel b. Fulda.
Josef Stolze, Zahlstelle Danzig (Zimmerer).
Heinrich Huch, Zahlstelle Dreitenberg.
Christoph Lochmann aus Willich, Verwaltungsstelle Selsentlicheren.

Durch den Krieg wurden uns bisher 637 brave Kollegen entzissen.
 Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Amburg. (Maurer und Bauhilfsarbeiter.) Am Sonntag, den 7. Februar, hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung war folgende: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahl. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, verlas der Vorsitzende die Grüße der Kollegen, die im Felde stehen. Kassierer Kollege Unger gab den Kassenbericht, der von der Versammlung für richtig befunden und dem Kassierer dann Entlastung erteilt wurde. Der Vorsitzende gab dann den Jahresbericht. Die Bautätigkeit war Anfang des Jahres mittelmäßig. Mit Ausbruch des Krieges stieg sie ganz, hat sich aber bald wieder gehoben. Die Schlichtungskommission mußte in drei Fällen entscheiden. Die Lohnsteigerung ab 1. April 1914 wurde fast überall strikte durchgeführt. Zum Militär ist die Hälfte der Kollegen eingezogen und sind auch schon einige auf dem Felde der Ehre gefallen. Die Versammlungen waren mittelmäßig besucht und dürfte es in diesem Punkte besser werden. Bei der Neuwahl wurde von der Versammlung der Wunsch ausgesprochen, es möge die alte Verwaltung während des Krieges die Geschäfte führen. Dem wurde auch entsprochen. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Franz Glau, als zweiter Kassierer Kollege Joseph Peter, als erster Schriftführer Kollege Georg Döhl, als Vertrauensmann Kollege Eduard Gehrig gewählt. Es wurde dann noch beschlossen, für unsere jungen Kollegen im Felde ein Besuchsbericht einzuführen. Der Vorsitzende ersuchte auch die Kollegen, sich mit ihren gemeinsamen Angelegenheiten und den Beziehungen gegen den Verband anzubringen, es seien nur geringe Opfer gegenüber

beten, die unsere Kollegen im Felde für uns bringen müssen. Es soll uns später nicht der Vorwurf gemacht werden, daß wir während des Krieges flau gewesen wären. Mit dem Wunsche auf einen baldigen, ehrenvollen Frieden schloß die Generalversammlung.

Ohlig. Unsere Zahlstelle hatte am 31. Januar die Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen. Die Kollegen waren auch fast vollständig erschienen. Die Versammlung wurde vom Kollegen Hermanns eröffnet und geleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte er ehrenvoll auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Valentin Vollmer und Jos. Schäfer. Die Versammlung ehrte deren Andenken in der üblichen Weise. Sodann gab Kollege Hermanns die Kassenberichte vom 3. und 4. Quartal. Die Einnahme betrug im 3. Quartal 124,45 M. im 4. Quartal 50,24 M. Für Unterstützung an die Kriegsfamilien wurden 50 M., für Arbeitslosenunterstützung 8 M., für Krankenunterstützung 46,90 M. ausbezahlt. Der Bestand der Kasse betrug 16,05 M. Acht Mitglieder sind zur Fahne geeilt. Die Zahlstelle besteht noch aus acht vollzahlenden Mitgliedern. Im Anschluß an den Bericht dankte Kollege Lange unter Zustimmung der Mitglieder dem Kollegen Hermanns für die geleistete vorsorgliche Arbeit. Beschlossen wurde dann, an das Kartell pro Mitglied 5 Pf. zu zahlen. Nach einem lehrreichen Vortrage des Bezirksleiters und anschließender Aussprache wurde die Versammlung geschlossen.

Volkswirtschaftliches und Soziales

Neben die Lage des Arbeitsmarktes im Januar 1915 berichtet das Reichsarbeitsblatt: Die erhöhte Beschäftigung, die in den Vormonaten für den gewerblichen Arbeitsmarkt festzustellen war, hat sich auch im Januar im ganzen behauptet. Einzelne geringe Verschlechterungen des Beschäftigungsgrades wurden durch teilweise Steigerungen der Tätigkeit in anderen Industriezweigen ausgeglichen. Nach den Berichten der einzelnen Unternehmungen und Verbände herrschte in den verschiedenen Gebieten des Reichs im Januar eine lebhaftere Nachfrage, die im Vergleichsmonat zum Teil noch stärker als im Vormonat war. Die Wohlfahrtsunterstützung nahm weiter zu. Verschiedene Zweige der Maschinenindustrie haben den Beschäftigungsgrad noch fernerhin verbessern können, hauptsächlich infolge weiterer Aufträge seitens der Kriegsverwaltung. Im Spinnstoffgewerbe zeigte sich dagegen eine vorläufige Abschwächung der Tätigkeit. Die Lage des Baugewerbes war ungeändert die gleiche wie im Dezember; der Baumarkt liegt im ganzen still. Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder eine geringfügige Abnahme der männlichen um 0,98 v. H. und eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 0,78 v. H. Vom 1. Januar zum 1. Februar tritt regelmäßig ein Rückgang ein, der meist beide Geschlechter umfaßt. Der im allgemeinen festgestellten günstigen Gestaltung der Beschäftigung entspricht eine fortschreitende Verringerung der Arbeitslosigkeit. Von den 1,22 Millionen Mitgliedern, über welche 85 Fachverbände für den Januar berichteten, waren 6,4 v. H. arbeitslos gegen 7,2 v. H. im Vormonat.

Der Verkehr der Preussischen Staatsbahnen in der Verwaltung hat sich im Monat Januar weiterhin gesteigert. Von den Einnahmen im Personenverkehr erreichte der Dezember 1914 78,12 v. H. der im entsprechenden Monat des Vorjahres festgestellten Einnahme, der Januar aber nicht unbedeutend mehr, nämlich 84,61 v. H. der im Vorjahr sich ergebenden Einnahme. Im Güterverkehr betrug die Dezembererinnahme 95,91 v. H. der Einnahme im Dezember 1913, während der Betrag der Einnahme des Januar 1915 92,28 v. H. der Einnahme des entsprechenden Monats des Vorjahres ausmachte. Hiernach würde gegenüber dem Dezemberergebnisse der Personenverkehr eine beträchtliche Verbesserung, der Güterverkehr eine leichte Abflauung aufweisen. In Wirklichkeit hatte jedoch der Januar einen Sonntag mehr und einen Arbeitstag weniger als der Januar des Vorjahres. Bei gleicher Zahl der Arbeitstage würde der Januar in beiden Verkehrsarten ungefähr das gleiche Verhältnis zum Vorjahr zeigen wie der verhältnismäßig sehr günstige Dezember. Die Einnahmen aus Militärtransporten waren hieran abemals nur in geringem Umfang — im Personenverkehr mit 6,28 v. H. im Güterverkehr mit 6,44 v. H. — beteiligt.

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzulenden.)

Wronau. (Unfall.) Unser Kollege Gerdt Hansen wurde am 19. Februar bei dem Neubau Bewers, wo er mit dem Führen von Dachgesimsen beschäftigt war, circa zehn Meter in die Tiefe. Außer Oberschenkelbruch und zweimaligem Beinbruch erlitt der Bedauernswerte auch noch einen Schulterbruch des rechten Armes. Der Unfall ist auf Rutschen der Gerüstbretter zurückzuführen.

Versammlungskalender

Baden. Am Sonntag, den 7. März, mittags 1 Uhr, findet im Göttingerhaus Mitgliederversammlung statt. Wir bitten die Kollegen, in dieser ersten Frühjahrsversammlung alle zu erscheinen.